

# Gewaltkonflikte und illegaler Handel

## Die fragile Grenzregion zwischen Indien und Myanmar

Dieter Reinhardt

**Die ökonomischen und politischen Beziehungen sowie der Infrastrukturausbau zwischen Nordostindien (NOI), Myanmar und Bangladesch entwickelten sich jahrzehntelang nur sehr langsam. Seit der politischen und ökonomischen Öffnung Myanmars ergeben sich hingegen neue Perspektiven für eine regionale, ökonomische, politische und gesellschaftliche Kooperation. Dies wird sich auf die sino-indischen sowie insgesamt auf die süd- und südostasiatischen Beziehungen auswirken. In welcher Form, davon handelt die nachfolgende Skizze.**

Anfang der 1990er Jahre bezeichnete die damalige indische Regierung der Kongresspartei ihre Politik, die Beziehungen zu Südostasien auszubauen, als *Look East Policy*. Gemeint war dabei auch der Nordosten Indiens. Die BJP-Regierung unter Narendra Modi nennt diese Politik seit 2015 *Act East Policy*. Der Aufbau eines Wirtschaftskorridors unter dem Begriff *Bangladesh, China India, Myanmar Economic Corridor* (BCIM-EC) wurde bereits 2013 von den damaligen vier Regierungen beschlossen (siehe auch Beitrag von Uwe Hoering). Damit verbinden sich optimistische Visionen einer modernen Infrastruktur, die sich durch die Landbrücke zwischen NOI, Nord-Myanmar und Südwest-Bangladesch eröffnen, mit weiteren Verbindungen nach Süd-, Südost- und Ostasien. Bis jetzt ist das BCIM-EC-Projekt allerdings noch eine bloße Absichtserklärung.

Andere Folgen wären absehbar. Zum einen würde die jetzt schon stattfindende Ressourcenausbeutung, die Landenteignung ärmerer Bevölkerungsgruppen und die weitere Zerstörung der Umwelt kaum weniger werden. Zum zweiten finden in der von Indien, Bangladesch und Myanmar gebildeten Grenzregion vielerlei

gewaltförmige Konflikte statt, vermengt mit illegalem Handel, kriminellen Aktivitäten und ethno-nationalistischen Auseinandersetzungen. Soweit sich an den momentanen Politikansätzen der Streitschlichtung und zur öffentlichen Ordnung nichts Grundsätzliches ändert (siehe vorhergehende Beiträge), dürften sich die Gewaltpotenziale eher stärker entfalten.

Aus einem administrativen Blickwinkel lässt sich die Grenzregion Nordost Indien und Myanmar kurz so beschreiben. Myanmar erhielt 1934 innerhalb des *British Empire* einen Sonderstatus. Der gesamte Grenzverlauf zwischen Myanmar und Indien wurde erst nach der Unabhängigkeit beider Länder einvernehmlich und endgültig festgelegt. Durch diesen Verlauf verlor das Königreich Manipur, dessen Territorium damals größer war als das des heutigen Bundesstaates, einen Teil seines Herrschaftsgebiets. An der Grenze zu Myanmar liegen die vier indischen Bundestaaten Meghalaya (rund 3 Millionen Einwohner/-innen), Manipur (etwa 2,7 Millionen), Nagaland (rund 2 Millionen) und Arunachal Pradesh (etwa 1,4 Millionen). Die administrativen Einheiten Myanmars an der Grenze zu Indien sind Kachin State (circa 1,7 Millionen), Naga Self-Administered Zone

(rund 60.000), Sagaing Region (0,5 Millionen) und Chin State (0,5 Millionen). Insgesamt dürfte die in einem jeweils 100 Kilometer breiten Grenzstreifen lebende Bevölkerung eine Größenordnung auf indischer Seite von rund 7,5 Millionen und auf der Seite Myanmars von circa 1,5 Millionen Bewohner(inne)n haben.

### Handel und Schmuggel

Der wichtigste Grenzübergang für den Handel zwischen Indien und Myanmar liegt bei Moreh, einer Grenzstadt in Manipur, und der nur wenige Kilometer entfernten Stadt Tamu in Myanmar. Beide Städte umfassen etwa 60.000 Einwohner/-innen. Die in der Grenzregion lebenden Bewohner/-innen, die jeweils nicht mehr als 16 Kilometer von der Staatsgrenze entfernt leben, können sich ohne Visum bis zu drei Tagen im entsprechenden Grenzgebiet des Nachbarlandes aufhalten.

Dieser Grenzübergang nimmt eine zentrale Funktion in den Entwürfen für eine neue regionale Verkehrsinfrastruktur im Rahmen des BCIM-EC ein. Das Vorhaben soll sich zwischen Kunming, die Hauptstadt Yunnans, und Kolkata, der Hauptstadt Westbengalens, erstrecken. Diese Metropolen sind bis jetzt durch keine Schnell-

straße oder direkte Bahnverbindung vernetzt. Allein der Ausbau der Straßen, die den Grenzübergang Moreh-Tamu mit den Straßennetzen Indiens und Myanmars verbinden sollen, verläuft sehr schleppend. Kommt hinzu, dass die Zugangsstraßen zu Moreh auf Seiten Manipurs jedes Jahr mehrfach tage- oder auch wochenlang von verschiedenen politischen Gruppen, Milizen oder protestierenden Gewerkschaften besetzt und blockiert werden.

Das Volumen des informellen und illegalen Handels beträgt laut Schätzungen ein Mehrfaches des legalen Handels. Der legale Handel umfasst hauptsächlich Agrarerzeugnisse, Holzprodukte, Textilien, Elektro- und Haushaltsgeräte, Motor- und Fahrräder, und er stagniert. Indien erlaubt bisher nur den Import von Produkten aus Myanmar. Der Import chinesischer Waren ist untersagt. Daher werden diese in Myanmar in Myanmar-Produkte umdeklariert und ge-

langen dadurch legal nach Manipur. Der illegale Handel wird traditionell von Opium und Heroin aus dem Goldenen Dreieck zwischen Myanmar, Laos und Thailand dominiert. Hinzu kommt der wachsende Handel mit chemischen Drogen, etwa Amphetaminen, sowie mit Kleinwaffen.

Um die Kontrolle des informellen und illegalen Handels sowie ihrer Handelsrouten streiten sich auf indischer Seite verschiedene Milizen untereinander und diese jeweils auch mit Teilen der staatlichen Sicherheitskräfte. Diese Kontrolle beinhaltet darüber hinaus, dass private Händler erpresst und Zwangssteuern erhoben werden können. In den jahrzehntelangen politischen und teilweise gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen militanten Gruppierungen aus der Bevölkerung der Kukis und Nagas bildete die Konkurrenz um diese Kontrolle einen wichtigen Aspekt. Außerdem blockierte etwa der Vereinte Rat der

Nagas (*United Naga Council*) immer wieder wichtige Straßen mit dem Ziel, den Forderungen nach einem erweiterten Autonomiestatus Nachdruck zu verleihen. Mitunter kommt es zu paradox scheinenden Allianzen zwischen Kuki- und Naga-Gruppierungen, um der von der dritten großen Bevölkerungsgruppe, den sogenannten Meteis, dominierten Regierung in Manipur Zugeständnisse abzurufen.

### Die politische Konstruktion ethnischer Identitäten und ihre Folgen

Am Beispiel der Politik sogenannter Kuki-Gruppen lässt sich die ethnopolitische Dynamik, die die politischen Entwicklungen in der gesamten Grenzregion NOI-Myanmar stark beeinflussen, exemplarisch darstellen. Einige dieser Gruppen beteiligten sich seit den 1980er Jahren am Vorhaben, innerhalb der sogenannten Kuki-Chin-Mizo-Gruppe (KCM) einen größeren Verband zu formen. Dem Versuch liegt die sozio-kulturelle Unterteilung der KCM-Gruppe in über 70 Untergruppen zugrunde. Das Vorhaben wollte alle Untergruppen unter der begrifflichen Klammer der Zomi-Gruppe zusammenfassen. „Zo“ heißt in vielen Dialekten Berg, „Mi“ bedeutet Menschengruppe. Gleichzeitig sollten die Klassifizierungen durch die britische Kolonialverwaltung in Kuki und Mizo überwunden werden. Die Zomi-Gruppe sollte sich grenzübergreifend über Nordostindien (insbesondere Manipur und Mizoram), Ost-Bangladesch und Nord-Myanmar erstrecken. Manches wurde umgesetzt. Die Partei *Zomi National Congress* (ZNC) entstand 1972 in Manipur, und ihr Pendant in Myanmar nannte sich 2012 in *Zomi Congress for Democracy* (ZCD) um.



1) Naga Selbstverwaltungszone in der Sagaing Region im Grenzgebiet Nordostindien-Myanmar

Im Jahr 1993 entstand die Partei *Zomi Reunification Organisation* (ZRO), gefolgt von deren bewaffnetem Arm, der *Zomi Revolutionary Army* (ZRA). Wie in anderen Teilen im Nordosten Indiens wurde und wird viel Energie auf die Klärung der Identitätsfragen verwendet (siehe vorhergehende Beiträge), während sich die historisch entstandenen, sozio-kulturellen Untergruppenidentitäten als recht beharrend erweisen; wie immer sie zustande gekommen sind.

Aus dieser Vielzahl an unterschiedlichen Identitäten und ethnisch geformten Minderheiten, die um Landzugang, historische Territorialansprüche, Handelsrouten und anderes konkurrieren, erwachsen zahlreiche politische, häufig gewaltförmig verlaufende Konflikte. Der Dominanzanspruch der indischen Unionsregierung gegenüber dem Nordosten kommt ebenso hinzu wie die vielfältige politische Instrumentalisierung der ethnischen Identitäten durch staatliche wie nicht-staatliche Akteure. Die skizzierte Grenzregion ist also stark von Auseinandersetzungen um die Selbstzuschreibung der Individuen ebenso wie der sozio-kulturellen Gruppen gekennzeichnet.

### Bilaterale Beziehungen zwischen Indien und Myanmar

Von solchen Überlegungen unbelastet besuchte der indische Premierminister Modi im September 2017 Myanmar zum ersten Mal im Rahmen eines bilateralen Treffens. Er vereinbarte mit seinem Kollegen die Öffnung der neuen Grenzübergangsstation Zorinpui in Mizoram. Diese Eröffnung ist Teil des *Kaladan Multimodal Project*. Dieses Projekt umfasst die Erweiterung des Schiffsverkehrs zwischen den Häfen Kolkata und Sittwe im Norden Myanmars. Geplant ist ebenso der Ausbau einer Wasser- und Landstraße zwischen dem Hafen Sittwe und Mizoram. Aus indischer Sicht besteht das Interesse, den Transport von Waren zwischen

dem Nordosten und Kolkata zu verkürzen. Die Regierungen der Bundesstaaten Arunachal Pradesh und Nagaland fordern die indische Regierung auf, aus ähnlichen Gründen auch die alte Straßenverbindung zwischen dem Nordosten und dem Kachin State wieder zu eröffnen. Die Regierung Indiens lehnt dies bislang mit dem Argument ab, dass diese Verbindung auch von aufständischen Milizen genutzt werden könnte.

Ordnungspolitik bestimmte zwei andere Initiativen der Regierungen Indiens und Myanmars. Im Jahr 2012 wurde das *Indo-Myanmar Regional Border Committee* gegründet und 2015 die *India-Myanmar Joint Consultative Commission*. Das Komitee dient primär der Kooperation der Sicherheitskräfte beider Länder bei der Bekämpfung von Milizen auf beiden Seiten der Staatsgrenze. In der Kommission treffen sich die Außenminister beider Länder regelmäßig zur Klärung bilateraler Fragen. Die Regierungen Indiens und Myanmars haben sich gegenseitig das Recht eingeräumt, auf dem jeweils anderen Territorium Milizen bekämpfen zu können. Zwar ist die Intensität der militärischen Zusammenstöße zwischen staatlichen Sicherheitskräften und Milizen ebenso wie die Zahl der Opfer im letzten Jahrzehnt deutlich gesunken. Allerdings operieren im Grenzgebiet nach wie vor zahlreiche Milizen, und die Anzahl der stationierten staatlichen Sicherheitskräfte ist nicht reduziert worden. So sind die *Assam Rifles*, die *Border Security Force* (BSF), die indische Armee, die *Central Reserve Police Force* und die *State Police* vorzufinden. Dafür gibt es Gründe. Die äußerst militante Miliz *National Socialist Council of Nagalim/Khaplang* griff in der Nähe des Grenzübergangs Moreh im Juni 2016 indische Sicherheitskräfte an und tötete fast 20 Soldaten. Auch im Jahr 2017 kam es zu mehreren Gefechten, bei denen sowohl Milizionäre als auch Sicher-

heitspersonal starben. Diese Miliz wird zudem von der *Kachin Independence Army* (KIA) unterstützt, eine der größten Rebellenorganisationen in Myanmar, die seit Jahrzehnten fast das gesamte Territorium des Kachin-Staates kontrolliert.

Ob Wirtschaftskorridore angesichts dieser Gegebenheiten und bei sonst gleichbleibenden äußeren Bedingungen positive Veränderungen bewirken können, muss offen bleiben. Der Aufbau wirtschaftlicher und technischer Kapazitäten mag eine momentan schwache Regierungsführung zu neuen Ufern mit erweiterten Kapazitäten und Kompetenzen führen. Allerdings kann dies auch die notorische Korruption bestärken. Es fällt jedoch auf, dass die Umsetzung etwa des BCIM-EC-Vorhabens oder anderer Projekte außer ordnungspolitischen Überlegungen keine Komponenten in Richtung ziviler und friedlicher Streitschlichtungsmechanismen enthalten. Eine an (Minderheiten-) Rechten orientierte Zivilgesellschaft kann natürlich trotzdem entstehen. Sie ist in dieser Ausformung allerdings in den bisherigen Konzepten nicht angelegt. Die historische Erfahrung in dieser Grenzregion lässt somit eher das Gegenteil, verstärkte Konkurrenz um exklusive Vorteile, befürchten. Bei den Befürchtungen muss man allerdings wiederum nicht stehen bleiben.

#### Zum Autor



Dieter Reinhardt ist Politologe und lehrt Internationale Politik an der Hochschule Rhein-Waal. Einer seiner Forschungsschwerpunkte ist die Nutzung von Naturressourcen in der Region Ost-Himalaya (Südwest-China, NOI, Bangladesch, Myanmar) sowie die Rolle von staatlichen, zivilgesellschaftlichen und multilateralen Akteuren.